

EINSCHREIBEN

An den Gesamtregierungsrat des Kantons St. Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St. Gallen

Datum:

1. Oktober 2020

TE.2020.933/JKU – Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen

Die Antwort des Rechtsdienstes des Departement des Innern vom 17. September 2020

Gruezi

Wir «kennen» uns bereits seit 20 Jahren, wobei anzumerken ist, dass unsere Meinungen diametral verschieden sind. Allerdings werde ich, im Gegensatz zu Ihnen, meine Meinung in Zukunft auch in der Öffentlichkeit nie ändern müssen.

Das was ich vor 20 Jahren bereits beanstandet habe, kommt wieder zum Vorschein, indem sich meine damaligen Beschwerden bestätigen. Auch Sie wussten damals, dass meine Beschwerden und Strafanzeige völlig willkürlich niedergeschlagen wurden. Deshalb habe ich infolge Todes meiner Mutter Rekurs<sup>1</sup> gegen die Verfügung des Amtsnotariates erhoben.

Da sich die Zeiten seither geändert haben, fühle ich mich nicht mehr als der kleine Untergebene, der vor der Obrigkeit kuscht. Das war ja damals schon nicht so, aber heute erst recht nicht, denn erstens kenne ich seither die Geschichte der letzten Jahrtausende nur zu gut. Damit verstehe ich auch den Antrieb der diffusen, jedoch raschen Veränderungen in Gesellschaft und Politik und auch, weshalb Parlamente, Regierungen und Gerichte institutionell Verbrechen begehen und die Staatsverwaltung diese Verbrechen umzusetzen hat. Zweitens kenne ich nicht nur die Führungstätigkeiten, sondern ich weiss auch, wie Herrschaft ausgeübt wird. Die Fähigkeit in der Praxis zu führen, bei der ich Übung habe, bedeutet Macht, die zusammen mit der Kenntnis der Mittel der Steuerung noch verstärkt wird. Selbst wenn man die stärksten Mittel nur ansatzweise beherrscht, so kann man einem nicht mehr an der Nase herumführen, keine Lügen auftischen und keine Ideologien andrehen, weil man die verschiedenen Argumente rasch durchschaut.

*«Wer Macht besitzt, bekommt dann auch sein Recht!» Paul Joseph Goebbels (1897-1945)  
Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda*

---

<sup>1</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Kanton St. Gallen  
[https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/rekurs\\_verfuegung\\_not\\_wil.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/rekurs_verfuegung_not_wil.pdf)

Und drittens haben sich die Behörden und Ämter zu Firmen entwickelt, wobei die jeweiligen «obersten Etagen» diesen Übergang zu einer Geschäftsleitung noch nicht vollständig umgesetzt haben. Bereits bei diesem letzten Punkt wird sichtbar, was für Amateure am Werk sind. Um das zu verstehen, müsste man eben etwas mehr wissen, als ein paar Ideologien nachplappern.

Den Rekurs musste ich an das Departement des Innern richten. Mir war jedoch schon von Anfang an klar, dass dieser Rekurs die Kompetenzen des Departementes des Innern bei weitem überschreiten. Aus diesem Grund sehe ich mich aufgrund der Ereignisse gezwungen, Sie persönlich anzuschreiben und in die Pflicht zu nehmen, denn letztlich geht es um Sie, aber auch um das Ganze, wofür wiederum Sie verantwortlich sind. Sehr wahrscheinlich haben Sie diese Tragweite noch nicht erkannt oder Sie wollen sie nicht erkannt haben.

Ich will alle Begründungen, wie ich sie im Rekurs skizziert und mit meinen Analysen und Schriften begründet habe, nicht wiederholen, sondern ich gehe nachstehend nur auf die wesentlichen Punkte ein. Es ist davon auszugehen, dass Sie zuerst den Rekurs und Teile meiner Analysen und Schriften studieren müssen, um dieses Schreiben in seiner ganzen Tragweite zu verstehen.

In meinem Rekurs habe ich nicht nur das gesamte Departement des Innern, sondern auch die gesamte Regierung als befangen erklärt, da sie beide nachweislich Verbrechen gegen mich und damit auch gegen die Gesellschaft verübt haben. Aber ausgerechnet die Leiterin des Rechtsdienstes des Departements des Innern, Gabriela Maag Schwendener, die schon vor 20 Jahren an diesen Verbrechen gegen mich beteiligt war, setzt sich unbekümmert über diese Befangenheit hinweg, indem sie mir das weitere Vorgehen empfiehlt, und damit ein weiteres Verbrechen begangen hat: Amtsmissbrauch. Damit zeigt sich einmal mehr, dass die Juristen nur die Aufgabe haben, das Recht so zu beugen, damit die Herrschenden bevorteilt werden. Juristen sind deshalb ein Synonym für diese Kriminalität.

Sie sind der irrigen Meinung, dass Sie als Regierung die Kompetenz hätten, über andere Köpfe hinweg zu entscheiden, was sie zu tun und zu lassen haben. Das war einmal, als Sie noch die Regierung eines Kantons verkörperten.

## Behörden und Ämter als Firmen<sup>2</sup>

Der Kanton St. Gallen hat gemäss Bundesgesetz über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDG; SR 431.03) wie jedes Unternehmen eine Unternehmens-Identifikationsnummer (UID). Diese ist im Suchportal<sup>3</sup> des Bundesamtes für Statistik einzusehen. Allerdings ist die Rubrik Handelsregisterdaten leer. Auf dem Suchportal des Handelsregisteramtes des Kantons St. Gallen findet man den Kanton St. Gallen ebenfalls nicht als Firma, genau gleich wie deren obersten Handelsberechtigten. Die Angabe des Eintrages findet man nur auf dem Suchportal [www.monetas.ch](http://www.monetas.ch). Die HR-Nummer lautet CH-E-2.8.7.0.19.-2, wobei das Datum des Eintrages fälschlicherweise mit 1803 angegeben wird. Weiter gibt es sogar noch den Hinweis, dass er Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland habe. Da stellt sich die Frage wofür.

Nachdem festgestellt ist, dass der Kanton St. Gallen als Firma registriert sein muss, müssen einige Bedingungen vorhanden sein, wie sie in der Handelsregisterverordnung (HRegV; SR 221.411) verlangt werden: Zum Beispiel die in Artikel 106 definierten Beschlüsse des für die Errichtung zuständigen Organs nach dem öffentlichen Recht. Das wäre ein Beschluss des Kantonsparlaments. Diese müssten öffentlich sein, doch habe ich bisher noch nie so einen Beschluss gefunden. Zudem müsste dieses Thema auch publiziert und diskutiert worden sein, was aber nicht passierte. Mit andern Worten, der HR-Eintrag ist ohne rechtliche Grundlage, was heisst, die Firma Kanton St. Gallen handelt ohne Legitimation. Als kleiner Trost sei darauf hingewiesen, dass sich der Kanton St. Gallen in bester «Gesellschaft» mit dem Bund, andern Kantonen und Gemeinden befindet. Diese Verschleierung hat natürlich

<sup>2</sup> Siehe auch unter [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Behörden als Firmen

<sup>3</sup> [www.uid.admin.ch](http://www.uid.admin.ch)

System, weshalb die Veränderung der Behörden zu Firmen nicht publik werden darf, da einmal mehr andere Interessen verfolgt werden.

Dieser fehlende Beschluss beinhaltet zweierlei: Erstens ist die Firma Kanton St. Gallen nicht legitimiert, handelsrechtlich tätig zu sein. Das Gleiche gilt auch für seine angeblichen Handelsberechtigten, zumal sie auch nie im Handelsamtsblatt publiziert wurden, weshalb sie alle persönlich zivil- und strafrechtlich haftbar sind. Sie sind formell als Mitglied der Regierung eines Kantons gewählt worden, jedoch nicht als Mitglied der Geschäftsleitung Firma Kanton St. Gallen, als das Sie heute fungieren. Das heisst, Sie üben eine andere Tätigkeit aus, als für die Sie gewählt wurden. Zweitens fehlt dieser Firma Kanton St. Gallen die Legitimation, hoheitliche Handlungen auszuführen, denn eine Firma benötigt von einer autorisierten Stelle eine Vollmacht, diese auszuführen.

Gesamthaft heisst das, dass sämtliche Handlungen der Regierung und der gesamten Staatsverwaltung Null und nichtig sind, weil die gesetzliche Legitimation in keiner Art und Weise gegeben ist. Das betrifft nicht nur den Kanton, sondern auch die Polizei, die Gerichte und die Gemeinden inklusive deren angegliederten Organisationseinheiten. Mit andern Worten, alles was Sie «produzieren» ist lediglich Makulatur und damit nicht rechtsverbindlich.

Aus diesem Grund wurden die in meinem Rekurs geforderten Nachweise nicht bis am 30. September abgeliefert, womit das Beschriebene stillschweigend bestätigt wurde.

## Die befangenen Gerichte

2005 habe ich aufgrund offizieller Amtsdokumente aufgedeckt, dass in den 1950ern die Parlamente zusammen mit den Regierungen die parlamentarische Obergewalt über die Gerichte zugunsten der Ideologie der Gewaltenteilung aufgegeben haben. Die Folge war eine Flut von Beschwerden an die Gerichte, welche das Bundesgericht wiederum willkürlich entschied. Damit ist belegt, dass seit dieser Aufhebung die Behördenwillkür um sich gegriffen hat. Die Veränderung der GPK-Berichte, wie ich Sie vor 20 Jahren beanstandet habe, war lediglich eine Folge dieser Ideologie Gewaltenteilung. Aber diese Ideologie wird heute mit der Ideologie Amtsgeheimnis auf einer höheren Ebene weitergeführt.

Die Funktion der Ideologie Gewaltenteilung, aber auch der Ideologie Amtsgeheimnis, versteht man jedoch nur, wenn man die Zusammenhänge der Geschichte begriffen hat, die wir in der Schule nicht lernen dürfen. Damit landet man einmal mehr bei der Regierung, die den Lehrplan erstellt.

Die Aufdeckung der Aufhebung der parlamentarischen Obergewalt bedeutet auch, dass Parlamente, Regierungen und Gerichte zusammen gegen die Bevölkerung agieren. Mit dem Inkraftsetzen der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK; SR 0.101) am 28. November 1974 sind damit automatisch alle Gerichte aufgrund des neu festgesetzten Rechtes abhängig und parteiisch geworden. Mit anderen Worten, alle Gerichtsurteile sind seither nichtig, weil die Gerichte gemäss Art. 6 EMRK weder unabhängig noch unparteiisch sind, da sie alle Babylon huldigen.

## Das Parlament

Die Problematik bei Regierung und Gerichten ist damit geklärt. Nun müssen wir das Parlament betrachten. Formell ist das Parlament vom Volk gewählt. Aber wie ist es möglich, dass das Parlament genau das Gegenteil macht, was das Volk benötigt? Sie können nun behaupten, dass das Volk das so gewollt habe. Da gebe ich Ihnen durchaus Recht. Aber wie kann es dazu kommen, dass in den letzten sechs Jahrtausenden alles verdreht wurde, so dass heute oben ist, was früher einmal unten war und umgekehrt? Um das zu verstehen, müsste man die tatsächliche Geschichte begreifen, die wir in der Schule nicht lernen dürfen. Das ist nur mittels subtiler Veränderungen, die in der Öffentlichkeit eingeführt werden, möglich. Zu diesem Zweck gab es bereits vor Jahrtausenden Geheimorganisationen, die Babylon verpflichtet waren; und es gibt sie heute noch, wenn auch unter anderem Namen. Und die Mitglieder dieser Geheimorganisationen nehmen in den verschiedenen Gremien des babylonischen Nationalstaates Schlüsselpositionen ein und zudem werden die verschiedenen Behörden und Ämter

durch diese Vertreter zusätzlich – verdeckt – geführt. Diese babylonischen Vertreter sitzen daher auch in den Parlamenten und geben den Ton an. Deshalb gibt es auch die verschiedenen Universalparteien, die nichts anderes als babylonische Organisationen sind und die die babylonischen Kandidaten zuoberst auf die Wahlzettel schreiben. Im Wahlkampf wird für diese Leute durch ihre Brüder und Schwestern öffentliche Werbung betrieben und die Masse, die diese geheimen Abläufe nicht kennt, wählt damit ihre Gegner. Das ist der Grund, weshalb auch die Parlamente befangen sind. Ich behaupte nicht, dass alle Parlamentarier Babylonier sind, zumindest nicht in den kleineren Kantonen. Aber die einen sind einfach viel zu dumm, um die elementarsten Vorgänge zu verstehen, weshalb sie der Mehrheit, also Babylon nachlaufen und damit auch Verbrechen begehen.

Dazu kommt bei den Gerichten ebenfalls, dass sie inzwischen Firmen sind, aber weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert sind. Dazu haben diese Richter noch die Frechheit Gebühren für ihr tun zu verlangen, was nichts anderes als Insichgeschäfte sind, also weitere Verbrechen.

## Pandemie COVID-19

Im Zusammenhang dieser Kriminalität ist auch die nicht natürliche Pandemie COVID-19 zu sehen. Dabei geht es nicht um Viren, die ohnehin noch nie bewiesen worden sind, sondern darum, dass Babylon noch sehr viel mehr Macht über die Menschheit erringt. Das babylonische World Economic Forum (WEF, Weltwirtschaftsforum) beschreibt die Absicht hinter der Corona-Pandemie auf seiner Homepage. Aber solange man von den Zusammenhängen keine Ahnung hat, wird man diese Ausführungen, sofern man überhaupt darauf stösst, nicht verstehen. Aus diesem Grund habe ich sie in meinem Aufsatz Ideologie COVID-19<sup>4</sup> erklärt. Auch hier überbieten sich die Regierungen mit Massnahmen, die imaginären Viren in den Griff zu bekommen und bevormunden die Menschen in unzulässiger Weise, damit das babylonische Endziel erreicht wird. Somit wird wieder manifest, dass die Regierungen Babylon huldigen.

\* \* \* \* \*

Mit dem Skizzierten habe ich den Nachweis erbracht, dass nicht nur Sie, sondern alle Regierungen, Parlamente und Gerichte bloss die Handlanger von Babylon sind, um die Menschheit zu unterwerfen. Wenn Sie den Mechanismus der Herrschaft verstünden, würden Sie das vielleicht besser verstehen.

Ich habe bereits eindeutig festgehalten, dass das Departement des Innern als Ganzes befangen ist, womit das auch für das Amtsnotariat gilt. Weiter verfügt das Amtsnotariat Wil über eine eigene UID, deren Status zwar als inaktiv angegeben ist, womit deren Zugehörigkeit und Tätigkeit unklar ist. Mit andern Worten, das Amtsnotariat verfügt so oder so weder über die Kompetenz, hoheitliche Handlungen auszuführen noch handelsrechtlich tätig zu sein. In diesem Sinne ist die Verfügung des Amtsnotariates rechtswidrig und damit nicht verbindlich. Im Weiteren ist die Erhebung von Gebühren nichts Weiteres als ein Insichgeschäft. Das sind Verbrechen.

Und nun setzt sich die Leiterin des «Rechtsdienstes» mit Nonchalance über jegliche Befangenheit hinweg und will mir vorschreiben, was ich zu machen habe. Erstens hat sie in diesem Fall gar nichts zu machen, denn sie würde ihre Finger schnell und sehr stark verbrennen, zumal sie auch befangen ist. Zweitens entscheide ich alleine und ohne «kriminellen babylonischen Rechtsbeistand», ob ich das Testament anfechten will. Zudem habe ich dazu ein Jahr Zeit. Um dieses anzufechten, müsste ich den Gang durch die Gerichte antreten. Aber ausgerechnet diese Gerichte sind weder unabhängig noch unparteiisch, wodurch sie befangen sind. Tun sie es trotzdem, so begehen sie zusätzliche Verbrechen. Weiter sind diese Gerichte Firmen, die ebenfalls nicht handlungsfähig sind, aber wie alle, frönen sie frisch, froh und munter ihre Verbrechen.

---

<sup>4</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Ideologien à Ideologie COVID-19 (PDF, 68 Seiten)

Daraus ergibt sich, dass das Festhalten am eingereichten Rekurs die einzige Möglichkeit ist, die von Parlamenten, Regierungen und Gerichten sowie den Vertretern von Babylon organisierte und verfahrenere Situation wieder flott zu machen. Das Testament anfechten kann ich immer noch, sofern ich will. Dazu bestimme ich jedoch den Zeitpunkt und lasse ihn mir nichts vorschreiben.

Damit der Rekurs richtig entschieden werden kann und nicht im Sinne von Babylon, ist es erstens erforderlich, zuerst die Mitglieder dieser babylonischen Geheimorganisationen namentlich zu erfassen und zu veröffentlichen, um zu verhindern, damit sie wieder in die öffentlichen Institutionen gelangen. Zweitens muss über die babylonischen Ideologien aufgeklärt werden bzw. sie müssen aufgelöst werden. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die Befangenheit von Parlamenten, Regierungen und Gerichten zu lösen um eine menschliche Gesellschaft aufzubauen, anstatt sie wie bisher zu zerstören.

Die Identifizierung der Mitglieder der babylonischen Organisationen kann ein Kanton nicht alleine durchführen. Das muss zwingend auf nationaler Ebene erfolgen. Um diese erforderlichen Schritte gegen die nationale Politik einzuleiten, müssten die Exponenten des Kantons St. Gallen wieder auf den Pfad der Rechtmässigkeit zurück zu kommen. Aber das wollen diese angeblich Verantwortlichen mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht, weshalb versucht wird, Mittel und Wege zu finden, meinen Rekurs zu neutralisieren.

Aufgrund der Zusammenhänge gestehe ich Parlamenten, Regierungen und Gerichten nur die Tätigkeit im Themenbereich zu, die dazu führen, auf einer neuen nicht babylonischen Grundlage neue Parlamente, Regierungen und Gerichte zu wählen. Für alles andere müssen sie, sollten sie sich dagegen widersetzen, vollumfänglich zivil- und strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Deshalb sehe ich mich gezwungen, meine besonderen Bedingungen oder Geschäftsbedingungen wie folgt anzupassen:

## Meine besonderen Bedingungen

Die Reihenfolge erfolgt aus Einfachheitsgründen wieder in der gleichen Struktur wie beim Rekurs.

### 1. Verschleppung / Befangenheit

#### 1. Nachweis der Zustellung

Dieses Position wird den neuen Gegebenheiten angepasst: Sie erbringen bis am 23. Oktober 2020 den Nachweis, dass die von der rekurrierten Verfügung des Notariates Betroffenen über den Stand des Verfahrens ins Bild gesetzt werden, wobei ich die Hauptkorrespondenzen und das Verzeichnis sämtlicher Beilagen erhalten will. Dabei ist zwingend der Vermerk anzubringen, dass die Behandlung bzw. die Beseitigung des Rekurses lange dauern werde.

- a. Die Pönale hierfür beträgt zehn Kilogramm Gold<sup>5</sup>, sofern die Bedingung nicht vollständig (inkl. Vermerk) und fristgerecht umgesetzt wird.
- b. Wird der Termin nicht eingehalten, so erfolgt ab dem Folgetag automatisch eine Gebühr. Sie beträgt ein Kilogramm Gold pro Kalendertag.

#### 2. Verschleppung des Rekursverfahrens

Hier habe ich eine mögliche Entscheidungsfrist bis 30. September 2020 festgelegt. Wird diese Frist überschritten, so beginnt ab dem Folgetag dem 1. Oktober 2020 eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Gold an mich zu entrichten. Die Gebühr ist geschuldet, bis die Befangenheit beseitigt bzw. der Rekurs entschieden ist.

---

<sup>5</sup> Wenn lediglich Gold steht, so ist damit immer Feingold mit 999 Gewichtspro mille bzw. 24 Karat gemeint.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert, sie hat aber mit heutigem Datum zu laufen begonnen.

### 3. Befangenheit

Sollten Sie die Befangenheit der gesamten Regierung nicht innert der gesetzten Frist bis am 30. September 2020 beheben, so beginnt ab 1. Oktober 2020 eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Gold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet, wenn geeignete Massnahmen, die Befangenheit aufheben.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert, sie hat aber mit heutigem Datum zu laufen begonnen.

### 4. Widerhandlung gegen die Befangenheit - neu

Aufgrund des Verhaltens der Leiterin Rechtsdienst sehe ich mich gezwungen, hier drastisch einen Riegel zu schieben. Sollte der Rekurs in irgendeiner Art entschieden werden, solange die Behörden gemäss Einleitung befangen sind, so fallen folgende Pönalien an:

- a. Für jedes Regierungsmitglied je 200 Kilogramm Gold,
- b. für die Leiterin Rechtsdienst des Departement des Innern 200 Kilogramm Gold und
- c. für denjenigen/diejenige, welche/r den Entscheid unterzeichnen je 200 Kilogramm Gold.
- d. Sollten sich einzelne Angestellte und Ämter über diese Befangenheit hinwegsetzen, ich denke hier im Moment an das Steueramt, es könnten aber auch andere Institutionen sein, so wird automatisch eine Gebühr fällig. Sie beträgt 20 Kilogramm Gold.

## 2. Behörden und Ämter als Firmen

### 1. Abgabe der Nachweise

Die Frist bis zur Ablieferung sämtlicher geforderten Nachweise läuft bis am 30. September 2020. Werden die Nachweise gar nicht oder unvollständig abgeliefert, beginnt ab dem Folgetag wieder eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Gold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit dem vollständigen Nachweis.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert, sie hat aber mit heutigem Datum zu laufen begonnen.

### 2. Orientierung sämtlicher angegliederte Organisationseinheiten

Die Regierung orientiert im ganzen Kanton sämtliche angegliederte Organisationseinheiten, die hoheitliche Handlungen vornehmen, jedoch nicht legitimiert sind und auch ihre Firma und deren Handelsberechtigte nicht publiziert haben. Diese Orientierung hat bis am 30. September 2020 zu erfolgen. Wird diese Orientierung unterlassen, beginnt ab dem Folgetag wieder eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Gold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet, wenn die Regierung mir nachweist, dass sie diese Forderung vollständig erfüllt hat. Im Weiteren übernimmt die Regierung im Falle einer Unterlassung daraus sämtliche entstehenden Folgekosten bzw. Schäden.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert, sie hat aber mit heutigem Datum zu laufen begonnen.

### 3. Warnung aller Angestellten

Wenn Sie nicht in der Lage sind, die erforderlichen Nachweise innert Frist zu liefern, müssen bis am 30. September 2020 alle Angestellten aller angegliederten Organisationseinheiten über ihre rechtliche Situation ins Bild gesetzt werden. Sollten Sie das nicht innert der gesetzten Frist erledigen, so fällt ab dem Folgetag wiederum die gleiche Gebühr an: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Gold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit dem Eingeständnis an alle Mitarbeiter.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert, sie hat aber mit heutigem Datum zu laufen begonnen.

#### 4. Liste der Vertreter der kriminellen Organisationen

Die Frist zur Veröffentlichung aller Vertreter der kriminellen Organisationen läuft bis am 28. Februar 2021. Wird die Liste gar nicht oder die Mitglieder und Organisationen unvollständig veröffentlicht, so fällt ab dem Folgetag wiederum eine Gebühr an: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Gold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit der vollständigen Veröffentlichung aller bis 1970 noch lebenden Mitglieder. Als Mitglied gelten alle, die in ihrem Leben je einmal Mitglied dieser Organisationen waren. Die übrigen verstorbenen Mitglieder sind nachträglich ebenfalls zu erfassen und zu veröffentlichen, denn nur auf diese Weise kann nachvollzogen werden, inwieweit diese kriminellen Organisationen verantwortlich sind.

Diese Forderung kann nur gesamtschweizerisch umgesetzt werden, weshalb die eidgenössischen Behörden unter Druck zu setzen sind und die Gebühren weiter zu fordern sind.

#### 5. Grundlagen für den freien Menschen

##### 1. Abgabe der Geburtsdokumente

Sollte die Abgabe von Geburtsanzeige, Geburtsschein und Geburtsurkunde im Original nicht oder unvollständig bis spätestens am 30. September 2020 erfolgen, beginnt ab dem Folgetag wiederum eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Gold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit der vollständigen Abgabe aller geforderten Dokumente.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert, sie hat aber mit heutigem Datum zu laufen begonnen.

##### 2. Erklärung des freien Menschen

Sollten Sie bis am 30. September 2020 nicht öffentlich verkünden, dass ich ein freier Mensch bin, beginnt wiederum ab dem Folgetag eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Gold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit der geforderten Ausrufung.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert, sie hat aber mit heutigem Datum zu laufen begonnen.

#### 6. Öffentliche Information über die grossen Betrüger

Sie erstellen bis spätestens am 28. Februar 2021 eine Informationsplattform, in der sich die gesamte Bevölkerung über

1. den gesamten Themenkreis Mensch / Person und

2. über den Themenkomplex Geld

informieren kann.

Sollten Sie diese umfassenden Informationen unvollständig oder nicht zielgerichtet bis zum 28. Februar 2021 öffentlich zugänglich sein, so beginnt ab dem Folgetag wiederum für jeden einzelnen Punkt separat eine Gebühr zu laufen: Pro Informationsplattform und überzogener Kalendertag ist je ein halbes Kilogramm Gold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit der jeweiligen vollständigen Aufschaltung.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert.

#### 7. Pönale für Lügen

Wie aus der Übersicht ersichtlich wird, hat nicht nur die Regierung, sondern auch der Kantonsrat gelogen bis sich die Balken bogen. Um dieser Lügnerie, Unterstellungen und Behauptungen, egal aus welchen Beweggründen, zuvorzukommen, sehe ich mich gezwungen, diesem Gebaren einen Riegel zu schieben. Jede unrichtige Aussage, Feststellung, Behauptung, Verdrehung und Halbwahrheit, die im Zusammenhang mit den gesamten Themenkomplex gesprochen oder geschrieben werden, seien sie

durch die Regierung, ihr Unterstellte oder durch den Kantonsrat als Einzelner, Gruppe oder als Gesamtrat in seiner Funktion getätigt worden, wird mit einer Pönale bestraft. Sie beträgt 20 Kilogramm Gold pro Fall. Die Pönale ist an mich zu entrichten.

Diese Massnahme soll verhindern, dass wieder das passiert wie vor 20 Jahren und zudem auch, dass sich die einzelnen Akteure genauer überlegen müssen, welche Problematik hier eigentlich vorhanden ist. Zu bezahlen hat dies die Firma Kanton St. Gallen. Wie die Aufteilung der Kosten intern vorgenommen wird, interessiert mich nicht.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert.

## 8. Sicherheiten

Wie bereits im Rekurs festgehalten, haben Sie kein Interesse, diesen Rekurs sachgerecht zu behandeln und schon gar nicht, der staatlich organisierten Kriminalität abzuschwören. Das Ergebnis der ersten Antwort bestätigt diese Vorwegnahme eindrücklich. Deshalb werden sich die Gebühren massiv addieren. Aus diesem Grund verlangte ich, sollten Sie diese Bedingungen nicht erfüllen, per 1. Oktober 2020 einen Solidarbürgen für die gesamte Summe, die sich ergeben wird. Die Gebühr für das Nichteintreten eines Solidarbürgen beträgt ein Kilogramm Gold pro überzogener Kalendertag und ist mir zu entrichten. Die Gebühr endet, wenn alle Bedingungen erfüllt sind, ein Vertrag gegenseitig unterzeichnet ist und ein Solidarbürge einsteht, damit die Zahlung auch wirklich erfolgt.

Diese Gebühr ist bis jetzt unverändert, sie hat aber mit heutigem Datum zu laufen begonnen.

## 9. Befangenheit der Gerichte – neu

Gemäss der Verfügung des Amtsnotariates habe ich ein Jahr Zeit, um allenfalls die letztwillige Verfügung anzufechten. Ich habe die notarielle Verfügung am 17. August 2020 erhalten, womit spätestens ab diesem Datum in einem Jahr ein Gericht darüber zu entscheiden hätte. Da wie eingangs erklärt, auch die Gerichte befangen sind, können sie nicht entscheiden, bevor die Befangenheit aufgehoben ist. Deshalb wird ab 18. August 2021 für jeden Kalendertag eine Gebühr fällig, bis die Befangenheit der Gerichte beendet ist. Die neue Gebühr beträgt zwei Kilogramm Gold und ist an mich zu bezahlen.

## 10. Öffentliche Bedingungen

Wie bereits festgehalten, geht es hier darum, dieser institutionalisierten Behördenkriminalität endlich grundsätzlich und rücksichtslos den Garaus zu machen. Deshalb zielt dieser Rekurs nicht nur auf die eigene Betroffenheit, sondern beabsichtigt, dass auch die gesamte Bevölkerung davon profitiert.

Die im Anhang des Rekurses aufgeführten öffentlichen allgemeinen Bedingungen werde ich zu gegebener Zeit überarbeiten und Ihnen zustellen.

## Zahlungsbedingungen

Die Gebühren werden grundsätzlich mit den entsprechenden Handlungen fällig, wobei ich von Zeit zu Zeit Rechnung stellen werde. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage, wobei die Übergabe mindestens 14 Tage vorher abgesprochen werden muss. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab 31. Tag automatisch eine weitere Gebühr von zwei Kilogramm Gold pro Kalendertag fällig. Es gilt das Bringprinzip.

Neu: Sollte ich gezwungen werden, die Betreuung einzuleiten, so ist dieses Amt infolge Ihrer Organisation ebenfalls nicht legitimiert, hoheitliche Handlungen auszuführen. Das würde heissen, die Betreuung könnte nicht durchgeführt werden. Für diesen Fall erlasse ich eine weitere zusätzliche Gebühr von fünf Kilogramm Gold für jeden Kalendertag und pro Betreuung, an dem die Betreuung nicht durchgeführt werden kann, bis es wieder legitim handeln kann.

Der Eigentümer des Kantons St. Gallen wird nachher bestimmt die Verlegung der angefallenen Kosten vornehmen und das entsprechende Inkasso bei den Fehlbaren durchführen.

## Schlussbemerkungen

Ich hoffe sehr, dass Sie die Tragweite dieses Rekurses endlich erkennen. Ich will hier nochmals nachdrücklich festhalten, dass Sie aus diesem Rekurs, der nichts anderes als ein Würgegriff ist, nicht heil herauskommen werden, wenn Sie nicht bereit sind, die babylonische Kriminalität an den Nagel zu hängen und beginnen, die menschliche Gesellschaft aufzubauen.

Der Rekurs und auch die folgende Korrespondenz, sind auf meiner Homepage<sup>6</sup> veröffentlicht. Jeder-  
mann wird sich von Ihrem Verhalten ein Bild machen können.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme und um entsprechende Handlungen im Sinne der Menschen.

Adieu

Mensch Alex Brunner

Beilagen:

§ Auszug Übersicht der Gebühren, Stand 01.10.2020

Verteiler:

§ Laura Bucher, Regierungsgebäude, 9001 St. Gallen	Post Code: 98.00.864500.0237978
§ Bruno Damann, Oberer Graben 32, 9001 St. Gallen	Post Code: 98.00.864500.0237977
§ Fredy Fässler, Oberer Graben 32, 9001 St. Gallen	Post Code: 98.00.864500.0237976
§ Susanne Hartmann, Lämmlisbrunnenstrasse 54, 9001 St. Gallen	Post Code: 98.00.864500.0237975
§ Stefan Kölliker, Davidstrasse 31, 9001 St. Gallen	Post Code: 98.00.864500.0237974
§ Marc Mächler, Davidstrasse 35, 9001 St. Gallen	Post Code: 98.00.864500.0237973
§ Beat Tinner, Davidstrasse 35, 9001 St. Gallen	Post Code: 98.00.864500.0237972

---

<sup>6</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Kanton St. Gallen